

## Auswirkungen des geplanten Ausbaus:

- Bauzeit von 8-10 Jahren mit massiver Belastung der Menschen durch Bauarbeiten und Ausweichverkehre aller Verkehrsarten in den angrenzenden Gemeinden
- Abriss und Neubau von 25 Brücken und die damit verbundenen zusätzlichen CO<sub>2</sub>-Emissionen und Einschränkungen des Fuß- und Radverkehrs während der Bauzeit
- Ca. 4-5 mal höhere Kosten als im Jahr 2013 veranschlagt wurden
- Eine weitere Zerschneidung der Orte an der Autobahn
- Mögliche Enteignung oder Verkleinerung von Grundstücken direkt an der A23
- Zusätzlicher Flächenverbrauch und Flächenversiegelung
- Die vorausgesagte Entlastung verpufft kurzfristig durch weitere Zunahme des privaten Autoverkehrs mit all seinen schädlichen Nebenwirkungen:  
„Wer mehr Straßen sät, wird mehr Verkehr ernten!“
- Ansiedelung in weiter entfernten Regionen wird attraktiver
- Steigende Belastung mit Lärm, Staub und CO<sub>2</sub>-Emissionen
- Erhebliche Kosten für die Gemeinden, die die Anbindung an die Autobahn sicherstellen müssen
- Wichtige Finanzmittel für den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs (ÖPNV) gehen verloren
- verringerte Chance, dass die gesetzlich fixierten Klimaschutzziele eingehalten werden können
- Das Klimaurteil des Bundesverfassungsgerichtes wird ignoriert

**Wir freuen uns, wenn auch Sie den Weg in unsere  
Bürgerinitiative finden.  
Gemeinsam können wir viel bewegen!**

Bürgerinitiative A23 für umweltfreundliche Mobilität

[autobahn23.de](http://autobahn23.de)

V.i.S.d.P Wolfgang Melzer  
Moorkampshöhe 13  
25462 Rellingen  
BI-A23@web.de

WIRmachenDRUCK GmbH  
Mühlbachstr. 7, 71522 Backnang



## Grünes Licht für umweltfreundliche Mobilität

### Wir fordern:

- einen sofortigen Stopp der Ausbaupläne zur Erweiterung der A23
- ein redliches Gutachten zur Verkehrsthematik unter Berücksichtigung aller Optionen einer Mobilitätsplanung, einer Mobilitätswende und des Klimaschutzes
- eine konsequente Berücksichtigung der Klimaziele im Sinne des Bundesverfassungsgerichtsurteils bei der fälligen Überprüfung des Bundesverkehrswegeplans
- eine verkehrsgerechte Umgestaltung der bestehenden Zu- und Abfahrten: Rechts-/Linksabbiegespuren; Einfädelung in Zubringerstraßen, Kreisell, etc.

Wir erwarten eine klare Position der Kommunalpolitik zu einem umweltfreundlichen Gesamtkonzept für eine wirkliche Mobilitätswende.

## Hintergrund unserer Forderungen:

Das Bundesverkehrsministerium beschloss im Bundesverkehrswegeplan (BVWP) im Jahr 2013 eine Erweiterung der A23 auf 6 Fahrspuren im Abschnitt zwischen Tornesch und Eidelstedt. Begründet wurde dies mit täglichen Staus.

Das Autobahndreieck Hamburg-Nordwest war damals durch die Einfädelung auf die A7 ein kritischer Verkehrsknotenpunkt, der inzwischen bis AS-Stellungen auf 10 Spuren erweitert und damit entzerrt werden konnte.

Im zugrunde liegenden Straßenverkehrsgutachten wurde mit einer stetigen Zunahme des Verkehrs auf der A23 gerechnet.

Bereits 2016 ermittelte die automatische Zählstelle an der A23 bei Krupunder jedoch ca. 10 % weniger Fahrzeuge als von der DEGES (Deutsche Einheit Fernstraßenplanungs- und -bau GmbH) als Planzahl eingestellt worden war. Die Zählwerte nahmen in den Folgejahren weiter ab.

Die Auswirkungen des Homeoffice, immens gestiegenen Kraftstoffkosten sowie Qualitätssteigerungen des öffentlichen Nahverkehrs in Verbindung mit den deutlich ausgeweiteten mobilen Sharing-Angeboten wurden bisher nicht berücksichtigt.

Ein verbesserter Lärmschutz muss auch ohne den Ausbau der A23 realisiert werden.

Eine deutliche Verlagerung des privaten Autoverkehrs zum ÖPNV oder auf das Fahrrad, würde das Fahrzeugaufkommen auf Autobahn und Fernstraßen erheblich reduzieren, sodass auch der unumgängliche gewerbliche Lieferverkehr weiterhin freie Fahrt hat.

Gem. Schienengutachten in SH vom März 2021 könnte ein optimaler Ausbau des ÖPNV täglich 35 Tsd. Pendler von der A23 herunterholen. Damit würde jedes Argument für einen Ausbau über viele Jahre entkräftet.

- Dennoch gehen die Planungen seitens der DEGES weiter!
- Das Klimaurteil des Bundesverfassungsgerichtes wird ignoriert
- Laut Rechtsgutachten des BUND ist der BVWP verfassungswidrig

Unsere Bürgerinitiative tritt ein für eine zukunftsorientierte Mobilitätswende, zu der eine nachhaltige Verkehrspolitik mit einer klugen Kombination aller Verkehrssysteme gehört.

Unsere Vorstellungen von Mobilität und Alternativen sind geprägt von Gleichberechtigung der verschiedenen Verkehrsteilnehmer in einer menschen- und lebensfreundlichen Umwelt, die auch für zukünftige Generationen erhalten bleibt.

## Alternativen:

- Mehr Investitionen in Bus und Bahn
- Eine Verwaltungsgrenzen übergreifende Planung in der Metropolregion
- Schaffung zusätzlicher S-Bahn-Trassen
- Reaktivierung alter Nahverkehrstrassen
- Höhere Taktung der öffentlichen Verkehrsmittel auch außerhalb der Hauptverkehrszeiten
- Flexiblere Anbindungen auch auf dem Land
- Verlässliche Verbindungen und Umsteigemöglichkeiten
- Mehr Park & Ride Plätze, auch in weiter entfernten Regionen
- Die Bereitschaft zu einer Mobilitätswende

Die Verbesserung des ÖPNV kann in kleinen Schritten zeitnah beginnen und flexibel dem tatsächlichen Bedarf angepasst werden.

## Für den Radverkehr:

- Sanierung und Erweiterungen im Radwegenetz
- Schaffung von Verwaltungsgrenzen übergreifenden Radschnellwegen
- Sichere Abstellmöglichkeiten für Fahrräder an Bahnhöfen, an Haltestellen, sowie in den Kommunen
- Anerkennung der Radfahrer als gleichberechtigte Verkehrsteilnehmer

